

Gemeinsam handeln

Sanierung: Anlieger um Ralf Stark bilden die Interessengemeinschaft „Rheinufer Bornheim“

VON CHRISTOPH MEURER

BORNHEIM-WIDDIG. Für Ralf Stark ist die Sache klar: Es gehe nicht mehr darum, ob die Eigentümer der Grundstücke am Rhein für die Sanierung des Rheinufers zahlen müssen. Es gehe nur noch darum, wann und wie viel, meint der promovierte Rechtsanwalt und Grundstückseigentümer am Rhein in Widdig. Ebenso klar ist für ihn aber auch: Wenn die Eigentümer ihre Interessen wahren wollen, müssen sie sich zusammenschließen. „Gemeinsam ist man stärker“, so Stark.

Aus diesem Grund hatte er jetzt Betroffene aus Hersel, Uedorf und Widdig ins „Gasthaus zur Rheinuferbahn“ geladen. Rund 70 Personen hatte Stark angeschrieben, knapp 40 waren seiner Einladung zur Gründung der Interessengemeinschaft „Rheinufer Bornheim“ gefolgt.

Zahlreiche, mitunter tiefe Risse im Asphalt der Wege am Rhein sind ein deutliches Zeichen: Das Ufer ist in Bewegung, ein Hangrutsch ist nicht auszuschließen. Dass eine Sanierung über die bereits erfolgten provisorischen Maßnahmen hinaus nötig ist, steht außer Frage (der GA berichtete). Doch wer führt sie durch und wer zahlt dafür? Erst recht nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Köln (siehe Kasten) wolle sich das Land nicht mehr mit der Sache befassen, erläuterte Stark den Anwesenden. Auch die Stadt sehe keine Veranlassung, jenseits einer konkreten Gefahrenabwehr tätig zu werden, wie er aus einem Gespräch mit einem Vertreter der Stadtverwaltung berichtete. Und der Bund, auf den es hinauslaufen könnte, wolle aus haushaltsrecht-



Rechtsanwalt Ralf Stark hat die Interessengemeinschaft „Rheinufer Bornheim“ initiiert.

FOTOS: MEURER

lichen Gründen nicht auf Forderungen an die Eigentümer verzichten. „Das entspricht auch der geltenden gesetzlichen Lage“, so Stark. Zugleich machte er allen Anwesenden deutlich: Die Sanierung wird teuer. Laut Stark steht mittlerweile die Summe von 20 Millionen Euro im Raum. Als Interessengemeinschaft könne man versuchen, Einfluss zu nehmen, und Ansprechpartner für Stadt,

Land und Bund sein, meinte Stark. Vielleicht könne man auch gemeinsam einen Fachanwalt beauftragen. Sein Wunsch sei, dass die Sanierung zunächst erfolgt und sich Land und Bund später gerichtlich streiten, wer bezahlt – so wie es auch bei den provisorischen Arbeiten der Fall war. Dann würde wenigstens etwas passieren. Ansonsten könne es noch vier, fünf oder mehr Jahre dauern, bis sa-

nier werde. Der Bund werde die Frage der Zuständigkeit bis in die letzte Instanz ausfechten, vermutete Stark. Aus dem Publikum kamen Fragen und Anregungen. Ob man nicht direkt einen Verein gründen wolle, regte ein Mann an. Eine Frau wies darauf hin, dass eine frühere Interessengemeinschaft einen sehr guten Experten als Berater hatte. Man sollte das Gespräch mit Stadt, Land, Bund und den Gutachtern suchen, ergänzte ein anderer Teilnehmer.

Und was sei mit den Verjährungsvereinbarungen, die man von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes erhalten habe, wollte eine Frau wissen. Aufgrund seiner anwaltlichen Tätigkeit wolle er dazu keine Empfehlung geben, sagte Stark. Er selbst werde nicht unterschreiben, da die Verjährungsfrist hinsichtlich von Ansprüchen des Bundes an die Eigentümer damit unterbrochen werde.

In einem ersten Schritt fanden sich drei Anwesende, die bereit waren, zusammen mit Stark als Beirat die Arbeit der Interessengemeinschaft zu koordinieren. „Wenn wir uns zur Wehr setzen, dann nur gemeinschaftlich“, rief ein Mann aus dem Publikum aus. „Wenn man es nur laufen lässt, gewinnen immer die anderen“, meinte ein anderer.

Bund will gegen Kölner Urteil Rechtsmittel einlegen

Der Bund will gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln Rechtsmittel einlegen. Das bestätigte Claudia Thoma von der Pressestelle der **Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV)**. Die WSV hatte den Bund Ende Juli vor Gericht vertreten.

Laut Thoma wird die WSV zunächst die Zulassung der Berufung beim Verwaltungsgericht Köln beantragen. Wie berichtet, hatte das Gericht entschieden, dass der Bund für die bereits erfolgten provisorischen Sicherungsmaßnahmen am Bornheimer Rheinufer zuständig ist und sie auch bezahlen muss.

Unter anderem erörterten die Richter dabei die Frage, welcher Bereich des



Ein tiefer Riss klapft im Asphalt des Rheinufers in Widdig.

betroffenen Gebiets noch zum Ufer gehört und welcher nicht mehr. Hinsichtlich der Frage, **ob der Bund auch für die vollständige Sanierung zuständig ist**, sprachen die Richter erst gar kein Urteil. Als Begründung führte Richter Klaus Judick aus, dass noch gar nicht feststehe, welche Arbeiten überhaupt erforderlich seien. Daher sei der entsprechende Antrag des Bundes, die Zuständigkeit gerichtlich klären zu lassen, unzulässig.

„Die Definition des Uferbegriffs hat für die WSV eine über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung und ist höchstgerichtlich zu klären“, sagt Thoma weiter. „Auch die Auffassung des Verwaltungsgerichts zur Unzulässigkeit des zweiten Klageantrags wird von der WSV nicht geteilt und soll obergerichtlich geprüft werden.“ me

Einblicke in die Unterkunft für Flüchtlinge

Gemeinde Alfter stellt Neubau am Sonntag vor

ALFTER-OEDEKOVEN. Die Gerüste sind abgebaut, die Handwerker erledigen Restarbeiten und die Baustelle verschwindet unter Rasengittersteinen: Die neue Flüchtlingsunterkunft der Gemeinde Alfter für 60 Menschen auf der Rathauswiese in Oedekoven ist so weit fertig, dass sie von interessierten Bürgern besichtigt werden kann. Dazu laden die Mitarbeiter des Fachbereichs Sozialwesen für diesen Sonntag, 30. August, von 11 bis 18 Uhr ein.

Sie werden während der Gewerbeschau Alfter, die am selben Tag rund um das Rathaus stattfindet, Besucher durch die noch unbewohnten Räume führen. Voraussichtlich Mitte September werden dort die ersten Asylbewerber einziehen. Das teilte Bürgermeister Rolf Schumacher bei der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit. Schumacher dankte allen Haupt- und Ehrenamtlichen, die sich in Alfter für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen einsetzen, für ihren „großartigen Einsatz“. „Das zeigt die Offenheit der Bürger und ihre Solidarität.“

Trotz der neuen Unterkunft sucht die Gemeinde weiterhin Wohnungen und Häuser zur Miete, weil durch die anhaltenden Zuweisungen von Flüchtlingen auch der Neubau rasch belegt sein wird. Während sich die Zahl der Asylbewerber in der Gemeinde Alfter 2013 auf rund 40 Personen belief, ist ihre Zahl inzwischen auf 166 Menschen gestiegen, von denen die meisten in den vergangenen zwölf Monaten nach Alfter kamen. Die Hauptherkunftsländer sind der Irak und Serbien, Syrien und Albanien, Marokko und Afghanistan. mhr

► **Ansprechpartner** für die Anmietung von Wohnraum zu marktüblichen Preisen ist Sozialamtsleiter Markus Jüris unter ☎ 02 28/64 84-179 oder markus.jueris@alfter.de

Bornheimer Grüne feiern

BORNHEIM-BRENIG. Zu ihrem Sommerfest laden die Bornheimer Grünen für diesen Samstag, 29. August, ab 11 Uhr ein. Gefeiert wird im Wasserturm in Brenig, Schornberg 28a. Auf dem Programm steht unter anderem ein Vortrag zum Thema Elektromobilität. Dazu gibt es Speisen und Getränke. aad

ALFTER BORNHEIM



SO GESEHEN

Von GA-Redakteur Jörg Manhold

Alles paletti?

In den 90er Jahren war Ali Übüld eine Kultfigur in Funk und Fernsehen (damals gab es das Internet noch nicht so richtig). Das Alter Ego des Komikers Helmut F. Albrecht arbeitete mit einem Telefon und startete jeden Sketch mit dem Satz: „Allo Chefe, alles paletti.“ Sie erinnern sich? Und Ali war ganz klar ein Migrant. Ebenso wie das Wort „Paletti“, das so viel bedeutet wie „in Ordnung“. Dass es der einst ins Rheinland zugewandert ist, zeigt jetzt Sprachforscher Peter Honnen vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) in dem frischveröffentlichten Büchlein „Alles paletti?“

Er berichtet über Sprachgeschichte als Spiegelbild der Zuwanderungsgeschichte. In den Alltagsbegriffen an Rhein und Ruhr sind Mitbringsel der Römer, Franzosen, Türken und Polen nachweisbar. Auch Überebleibsel der jiddischen Sprachkultur und der Geheimsprache der Räuber, das Rotwelsche, sind immer noch in Gebrauch.

Dass dies eine den Rheinländern gern angedichtete Offenheit gegenüber allem Fremden zeige, hält der Sprachforscher indes für übertrieben. Vielmehr habe es im Laufe der Zeit wechselnde Sprachmoden gegeben. Bestes Beispiel ist das Französische, das in adeligen Kreisen praktiziert wurde. Lehnwörter sind Paraplü, Filu und Plümme.

Und es gibt das interessante Phänomen der Dialektinseln. In der Nähe von Kalkar wird etwa Pfläzisch gesprochen, weil 1741 eine Auswanderergruppe aus Bad Kreuznach nach Amerika emigrieren wollte und aus Finanznot an der niederländischen Grenze strandete und sich dort niederließ.

78-Jähriger wird weiter vermisst

Polizei verteilt Flugblätter in Alfter

ALFTER-OEDEKOVEN. Trotz einer groß angelegten Suche mit Polizeihubschrauber und Spürhunden und der Veröffentlichung eines Fotos fehlt von dem seit Montag vermissten 78-jährigen Hans v.T. aus Oedekoven weiterhin jede Spur. Eine Eigengefährdung kann nicht ausgeschlossen werden. Auch bei Verwandten, Freunden und Bekannten hat sich der Senior zwischenzeitlich nicht mehr gemeldet. Nach der Veröffentlichung des Fotos gingen bei den Ermittlern nur wenige Hinweise ein.



Hans v.T. FOTO: POLIZEI

Daher verteilt die Polizei gestern in Alfter Flugblätter und bittet erneut um Hinweise unter der Rufnummer 02 28/150 oder per Polizeinotruf 110. ga

Buskonzept für Alfter und Hardtberg kann umgesetzt werden

Verwaltungen und Verkehrsbetriebe einigen sich in letzter Minute. Stadtwerke Bonn beklagen finanziellen Nachteil

VON CHRISTOPH MEURER

ALFTER/BONN. Das neue Buskonzept für Alfter und Hardtberg kann kommen. In seiner Sitzung am Mittwoch hat der Planungsausschuss der Stadt Bonn bei einer Gegenstimme einem zwischen der Stadt und dem Rhein-Sieg-Kreis ausgehandelten Kompromiss zugestimmt. Der Planungsausschuss des Kreises hat gestern wiederum einstimmig das Ergebnis aus Bonn begrüßt und die Kreisverwaltung mit der Umsetzung beauftragt.

Damit können die Änderungen (siehe Kasten) doch noch zum Fahrplanwechsel im Dezember umgesetzt werden. Auch endet ein monatelanger Streit zwischen den Verwaltungen und den Verkehrsunternehmen: den Stadtwerken Bonn (SWB), der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft und der Gesellschaft Regionalverkehr Köln (RVK). Die politischen Gremien auf Kreisebene und der Stadt hatten dem Konzept bereits vor geraumer Zeit grundsätzlich grünes Licht gegeben. Allerdings hatte der Bonner Rat einen Vorbehalt be-

schlossen: Es dürften keine wirtschaftlichen Nachteile für die Stadt und die SWB entstehen. In der Tat wurde unter anderem um die Frage der Verteilung von Einnahmen und Kosten gestritten. Damit verbunden ist die Konzessionierung, also die Frage, welches Unternehmen welche Linie bedient. Zuletzt war der Streit zur Chafsache geworden. Wie berichtet, hatte es ein Spitzengespräch zwischen Rhein-Sieg-Landrat Sebastian Schuster und Bonns Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch gegeben.

Das hat offenbar Wirkung gezeigt. In einer Stellungnahme der Bonner Stadtverwaltung, die zur Ausschusssitzung in Bonn vorlag, heißt es, dass ein Kompromissvorschlag des Kreises umgesetzt werde. Dieser sieht nach Angaben der Stadt Bonn vor, dass die Linien 605 und 633 in Konzession der SWB bleiben. Die Linie 680 wird von der RVK bedient, allerdings im Auftrag der SWB. Die Linie 843 bleibt komplett bei der RVK. „Die Fahrplanänderungen bringen den Fahrgästen eine Reihe von Verbesserungen. Der dafür beschlos-

sene Kompromiss ist eine vertretbare Lösung“, teilt eine Sprecherin der Stadt auf Anfrage mit. Fraglich ist aber, ob die SWB mit dieser Einigung glücklich sind. Weiter heißt es nämlich in der Verwaltungsvorlage, dass die SWB erklären, durch die Umsetzung des Kompromisses einen finanziellen Nachteil in Höhe von jährlich rund 160 000 Euro zu haben. Zugleich weist die Stadtverwaltung aber darauf hin, dass der Kreis einen Vorschlag ge-

macht habe, der in einer Kompensationszahlung bis maximal 2018 münden könne. Auch erklärt die Stadtverwaltung, dass sie den finanziellen Nachteil der SWB nicht bestätigen, aber auch nicht in Gänze in Abrede stellen könne.

Wie der Bonner Planungsausschussvorsitzende Rolf Beu (Grüne) sagt, habe die Politik der Stellungnahme der Verwaltung nach Abwägung des potenziellen finanziellen Nachteils mit dem mögli-

Das soll sich ändern

Folgende Änderungen sind bei den Busverbindungen im Bereich Alfter/Hardtberg vorgesehen:

Die **Linie 605** soll Alfter nicht mehr bedienen, sondern von Bonn kommend am Bahnhof Duisdorf enden. Die **Linie 633** soll wiederum zwischen Bahnhof Duisdorf, Alfter und Bornheim-Sechtem verkehren. Die **Linie 843** soll zwischen dem Hertersplatz, dem Haltepunkt der Linie 18 in Alfter, dem Haltepunkt „Alfter Impekoven“ der S 23, dem Bahnhof Duisdorf, Ückesdorf-Mitte und

dem Haltepunkt „Meckenheim Industriepark“ der S 23 fahren.

Die neue **Kleinbuslinie 680** soll zwischen Lessenich Sportplatz, „Am Schichshof“, dem Bahnhof Duisdorf und dem Wasserturm in Gielsdorf fahren. Am Sonntagverkehr die Linie als Taxibus. Ein **weiterer Kleinbus**, der noch keine Liniennummer hat, soll die Hanglagen von Alfter-Ort mit dem Stadtbahnhaltepunkt der Linie 18 in Alfter und dem DB-Bahnhof Roisdorf verbinden. me